



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Juristenfakultät



25 Jahre Wirtschafts- und Währungsunion

Rechtliche Kontinuitäten und aktuelle Entwicklungen

Zulassungsseminar im Sommersemester 2024

Prof. Dr. Cornelia Manger-Nestler, LL.M. (HTWK Leipzig)



Seminarankündigung

25 Jahre Wirtschafts- und Währungsunion – Rechtliche Kontinuitäten und aktuelle Entwicklungen

Sommersemester 2024

Im Jahr 2024 feiert die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ihr 25-jähriges Bestehen; die Europäische Union blickt auf ein Vierteljahrhundert wirtschafts- und währungspolitischer Integrationsbestrebungen. Die rechtliche Bewertung dieses Jubiläums fällt, je nach Blickwinkel, jedoch durchaus differenziert aus. Die Ausstrahlungswirkungen dieser Politikfelder sollen daher als Gegenstand des von Frau Prof. Dr. Cornelia Manger-Nestler (HTWK Leipzig) angebotenen Seminars genauer untersucht und diskutiert werden. Alle Themenbereiche eint dabei die Frage nach der demokratischen und rechtsstaatlichen Maßstababildung im europäischen Mehrebenensystem.

Im Themenkomplex **A. Strukturelle Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion** wird mit der WWU ein Politikfeld behandelt, dessen Teilbereiche durch unterschiedliche Integrationsniveaus geprägt sind. Sowohl im historischen Rückblick als auch gegenwärtig stellen sich dabei Rechtsfragen der demokratischen Legitimation der jeweiligen organisatorisch-institutionellen Ordnung, die durch die Judikatur des EuGH nicht unmaßgeblich beeinflusst werden.

Themenkomplex **B. Ausgewählte Aspekte der Währungsunion** widmet sich dem institutionellen System der Währungsunion, den dazugehörigen Gremien und Organen sowie speziell der Reichweite des, durch aktuelle Einflüsse teils gewandelten Mandats- und Aufgabenverständnisses der EZB. Weiteres Augenmerk gilt der Funktion der EZB als „Währungs- und Notenbank“ sowie ausgewählten Fragen rund um den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel, die durch die Legislativvorschläge zum digitalen Euro eine hohe Aktualität besitzen.

Ziel der Veranstaltung ist es, die in den Grundlagenvorlesungen zum Europarecht erworbenen Kenntnisse anzuwenden, in wissenschaftlicher Herangehensweise aufzubereiten und themenspezifisch zu vertiefen.

Vorbesprechung und Themenvergabe

Die Vorbesprechung mit endgültiger Themenvergabe und formalen Hinweisen findet zu **Semesterbeginn (voraussichtlich in KW 15)** statt. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben.

Vorträge und Diskussion

Das Seminar wird als **Blockveranstaltung am Semesterende** abgehalten. Genauere Angaben zum Termin folgen zu gegebener Zeit. Voraussetzungen für die erfolgreiche Teilnahme am Seminar sind die Anfertigung einer **Seminararbeit** sowie ein **mündlicher Seminarvortrag** einschließlich **Diskussion**. Im Rahmen der Seminararbeit stellen die Teilnehmer juristische Methodenkompetenz sowie eigenes Urteils- und Formulierungsvermögen unter Beweis. Das Referat dient der Einübung von Präsentationstechniken sowie der Diskussion der gewonnenen Ergebnisse im Kreis der Teilnehmenden.

Teilnehmerkreis und Anmeldung

Das Seminar richtet sich an **Studierende ab 3. Fachsemester** mit besonderem Interesse an der Thematik und setzt einschlägige Kenntnisse der Vorlesungen Staatsrecht I und II, Allgemeines Verwaltungsrecht I sowie Grundzüge des Europarechts voraus. Bestenfalls verfügen Interessierte über wirtschafts-/politikwissenschaftliches Zusatzwissen. Absolviert werden kann das Seminar als Zulassungseminar (Staatsexamen, unabhängig vom gewählten SPB).

Interessierte können sich ab sofort **bis zum 31.3.2024 per E-Mail** bei Frau Clara Schneidenbach anmelden (Kontakt: clara.schneidenbach@htwk-leipzig.de). Bitte geben Sie bei der Anmeldung Ihr **Wunschthema** (ggf. ein Ausweichthema) an und erläutern kurz Ihre **persönliche Motivation für die Themenwahl** (max. 1000 Zeichen). Bitte übermitteln Sie bei der Anmeldung Ihre Kontaktdaten (Name, Matrikelnummer, Anschrift, Semesterzahl, Telefonnummer) sowie einen aktuellen Notenauszug oder, falls vorhanden, Zwischenprüfungszeugnis.

Ich freue mich auf Ihre Anmeldung und stehe für Rückfragen gern zur Verfügung!

Prof. Dr. Cornelia Manger-Nestler, LL.M.

Folgende Themen stehen zur Bearbeitung:

A. Strukturelle Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion

- I. Von Bretton Woods zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – Entwicklungsschritte und strukturelle Elemente der WWU
- II. Kompetenzgleichgewicht Wirtschafts- und Währungsunion – Auswirkungen auf die Reichweite des wirtschafts- bzw. währungspolitischen Mandats (Ziele, Aufgaben, Befugnisse) der Union
- III. Demokratische Legitimation der organisatorisch-institutionellen Strukturen der Wirtschafts- und Währungsunion
- IV. Einflüsse der Rechtsprechung des EuGH auf die Wirtschafts- und Währungsunion – Rechtliche Kontinuitäten und Aktualitäten
- V. Die Außenkomponente der Wirtschafts- und Währungsunion
- VI. Verstärkte Zusammenarbeit als Instrument für die Wirtschafts- und Währungsunion: Stand und Perspektiven

B. Die Währungsunion

- I. Das Europäische System der Zentralbanken – Rechtsstellung und Befugnisse
- II. Die Eurogruppe im institutionellen System der Europäischen Union
- III. 25 Jahre Währungsunion – Die Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel der Eurozone
- IV. Euro-Giralgeld als gesetzliches Zahlungsmittel – Rechtsvergleich zwischen Deutschland und den übrigen/ausgewählten Mitgliedstaaten der Eurozone
- V. Digitaler Euro: Giralgeld 2.0 oder „digitale Banknote“? – Rechtsnatur und dogmatische Einordnung der entmaterialisierten Währungsform als gesetzliches Zahlungsmittel anhand des Single Currency Package der Europäischen Kommission (insb. COM(2023) 364 final und COM(2023) 369 final, beide v. 28.6.2023)
- VI. Euro-Bargeld adé? – Rechtliche Möglichkeit(en) der Abschaffung von Bargeld in der Eurozone
- VII. Gesetzliches Zahlungsmittel – Unbeschränkter Annahmewang als zwingende und notwendige Voraussetzung?

- VIII. Rechtsprechung des EuGH zu Barzahlungsbeschränkungen (EuGH, Rs. C-422/19 v. 26.1.2021) und Auswirkungen im Kontext des Single Currency Package der Europäischen Kommission (insb. COM(2023) 364 final und COM(2023) 369 final, beide v. 28.6.2023)
- IX. Das Primat der Preisstabilität nach Artikel 127 Abs. 1 AEUV – Eine rechtliche Betrachtung der Maßnahmen der EZB zur Inflationsbekämpfung
- X. Green Monetary Policy – Wie weit reicht das Mandat der EZB beim Klimaschutz?